Nummer 588

Mit Kurszettel **Berliner** Mit Kurszettel

Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jügler. Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Rentzow. sämtlich in Berlin.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil Christian Hagen, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 74. Jahrgang Sonnabend, 15. Dezember 1928

Sensationeller Zusammenstoß Stresemann–Zaleski.

Zaleski provoziert Deutschland — sofortiger schärfster Gegenangriff Stresemanns.

Lugano, 15. Dezember.

Im Völkerbundsrat, der sich heute vormittag ausschließlich mit den deutschen Minderheiten in Oberschlesien befaßte, kam es nach dem Abschluß der Tagesordnung zu einem aufsehenerregenden Zwischenfall. Der polnische Außenminister Zaleski verlas eine längere Erklärung, in der er die Tätigkeit des Deutschen Volksbundes als in vieler Hinsicht in offenem Widerspruch mit dem Geist der Genfer Konvention bezeichnete. Durch die zahlreichen Beschwerdefälle, die vor den Völkerbundsrat gebracht werden, solle in der Welt der Eindruck erweckt werden, daß die Rechte der deutschen Minderheiten in Oberschlesien unhaltbar seien. Nach längeren statistischen Angaben über die wirtschaftliche Entwicklung Oberschlesiens schloß er mit der Erklärung, daß die Beschwerden des Deutschen Volksbundes unbegründet und lediglich dazu bestimmt seien, den Eindruck zu erwecken, daß die Lage in Oberschlesien noch unsicher sei. Das bedeute einen offenen Mißbrauch der Bestimmungen der Minderheitenverträge und der Genfer Konvention. Die Tagesordnung des Völkerbundes werde mit Beschwerden des Deutschen Volksbundes überfüllt und der Rat werde auf diese Weise genötigt, Fragen zu prüfen, die bei einer richtigen Bewertung nur von untergeordneter Bedeutung seien. Diese Diskussion könne nur das Ansehen des Völkerbundes schädigen.

Diese Erklärung, die vollkommen unerwartet nach Erledigung der auf der Tagesordnung stehenden oberschlesischen Fragen abgegeben wurde, rief beim Ratsmitglied Dr. Stresemann, der bei einem der Schlußsätze unter lebhaftem Protest mit der Hand auf den Tisch schlug, größte Erregung hervor.

Unter ungeheurer Spannung des dichtbesetzten Ratssaales ergriff

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

nach der englischen Uebersetzung der Erklärung Zaleskis das Wort, um in eindrucksvoller Weise sich für die Minderheitenrechte und besonders für das vertragsmäßig festgesetzte Recht des Deutschen Volksbundes, sich an den Völkerbundsrat wenden zu dürfen, in sehr energischer Weise einzusetzen. Er führte dabei etwa folgendes aus: Mit steigendem Erstaunen bin ich der Rede des polnischen Außenministers gefolgt. Ich bedauere, nichts anderes sagen zu können,

als daß aus dieser Rede der Geist des Hasses gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien gesprochen hat

und den er aufgerufen hat gegen Menschen, die von einem Recht Gebrauch machen, welches ihnen durch den hier versammelten Völkerbundsrat anerkannt worden ist. Es kann sein, daß die einzelnen aus Oberschlesien kommenden Beschwerden von untergeordneter Bedeutung sind, aber diese Dinge, wo es sich um Fragen handelt, ob ich mein Kind in meiner eigenen Sprache, in meiner eigenen Kultur erziehen kann, die sind vielleicht im Bergleich mit Handelsverträgen und andere vom polnischen Außenminister angezogene Gegenstände von untergeordneter Bedeutung. Hier handelt es sich aber um einen Teil menschlicher Leiden und menschlichen Rechts, die vom Völkerbundsrat selbst anerkannt worden sind. Der polnische Außenminister Zaleski hat erklärt, es sei unerhört, daß diese Menschen von diesem Recht des Appells an den Rat Gebrauch machen. Mit erhobener Stimme wandte sich Stresemann an das polnische Ratsmitglied, um ihn eindringlich zu fragen, wie er zu der Erklärung komme, daß die Behandlung dieser Beschwerden ein Mißbrauch der Zeit des Rates sei. Im Gegensatz zu dieser Erklärung wies er auf die außerordentlich mühevolle und unparteiische Arbeit des Berichterstatters, des japanischen Ratsmitgliedes Abatci, hin, der mit seinem einzigen Wort auch nur dahingehende Andeutungen gemacht hat.

Der Ratspräsident, der französische Außenminister Briand, hat mit keinem Wort zum Ausdruck gebracht, daß hier Mißbrauch mit dem Rat und seiner Zeit getrieben wird. Unter wiederholter Betonung des vertraglich festgestellten Rechts der deutschen Minderheiten in Oberschlesien führte Dr. Stresemann weiter aus:

„Wenn die oberschlesischen Minderheitenfragen der Zahl nach auf der Tagesordnung des Rats steigen, warum wird dann das Unrecht nur auf der einen Seite gesucht, warum denn im Zusammenhang mit reinen Schulfragen eine Debatte über die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung Oberschlesiens hervorgerufen?" Mit großer innerer Erregung fuhr Reichsminister Dr. Stresemann dann fort:

Welche politischen Gründe haben Sie, über die Kohlenproduktion Oberschlesiens, über die Zinkproduktion und überhaupt über die industrielle Entwicklung Oberschlesiens zu sprechen.

Soll ich Ihnen antworten mit Angaben über die industrielle Entwicklung Deutschlands aus den letzten Jahren? Was hat dies überhaupt mit der Errichtung von Minderheitenschulen zu tun. Warum überhaupt diese Diskussion? Soll ich erwidern, daß an der Spitze der Werke in Oberschlesien im wesentlichen deutsche Männer stehen, deutsche Intelligenz mitwirkt. Soll ich erwidern, daß ohne diese Mitwirkung die industrielle Entwicklung in Oberschlesien nicht erfolgt wäre. Warum rütteln Sie da alles auf? Warum alte Wunden aufreißen?

Unter sehr energischer Betonung, daß der Völkerbund und der Völkerbundrat die Rechte der Minderheiten unter alle Umständen wahren müssen, verlangte dann das deutsche Ratsmitglied, daß in einer grundsätzlichen Aussprache auf Grund der bestehenden Verträge und Abmachungen die Minderheitenrechte in der nächsten Tagung des Völkerbundrates behandelt werden.

An den polnischen Außenminister sich wendend, führte er dabei weiter aus: „Ich habe nichts dagegen, wenn Sie sich an den Völkerbundrat wenden wollen."

Während der englischen Uebersetzung einigten sich Briand, Chamberlain und Drummond,

daß Briand reden müßte.

Briand sagte, daß der Zwischenfall wohl alle Teilnehmer der Ratssitzung peinlich berühre. Er wolle nicht, daß der Rat mit diesem Mißklang seine Tagung abschließe und möchte deswegen ausdrücklich feststellen, daß nichts zu der Vermutung berechtige, daß der Völkerbundsrat über der Völkerbund auf irgendeine Art die geheiligten Rechte der Minderheiten verletzen werde. Dieses Recht sei feierlich vom Völkerbund verkündet und durch verschiedene Konventionen erneut bestätigt worden. Der Rat sei durchaus mit dem Berichterstatter einverstanden, daß alle Minderheitenfragen in der beteiligtesten und unparteiischsten Art geprüft werden müsse. Vielleicht könne man eine schnellere Methode finden, aber auf keinen Fall soll das Recht der Minderheiten irgendeine Einschränkung erfahren. Er glaube das einmütige Gefühl aller Ratsmitglieder aussprechen, wenn er ebenfalls betone, daß das Minderheitenrecht eine Säule sei, die der Völkerbund oder der Völkerbundsrat nie zerbrechen dürfe.

Die Ausführungen Dr. Stresemanns, die fortgesetzt in höchster leidenschaftlicher Erregung und ausschließlich dem polnischen Außenminister ins Gesicht gesprochen wurden, wurden von der ganzen Versammlung mit ungewöhnlicher Spannung unter größtem Schweigen angehört.

Letzte Verhandlung der drei Außenminister.

TU Lugano, 15. Dezember.

Die vorgesehene letzte Besprechung der drei Außenminister, die nur einen rein formalen Charakter zur Festsetzung des angekündigten Kommuniqués tragen soll, ist für heute vormittag unmittelbar im Anschluß an die letzte geheime Sitzung des Völkerbundsrates vorgesehen. Von gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß das Kommuniqué äußerst kurz ist und praktisch auf eine Vertagung der Verhandlungen über die Bildung der Feststellungs- und Vergleichskommission hinausläuft. Es scheint, daß die weitere Aussprache über diese Frage auf diplomatischem Wege erfolgen wird. Sachliche Beschlüsse scheinen schon allein aus dem Grunde nicht möglich zu sein, weil eine Besprechung der sechs Mächte, die den bekannten Beschluß im September in Genf gefaßt haben, während der Luganotagung des Rates nicht zustande gekommen war, hauptsächlich infolge des englischen Widerstandes gegen die in dieser Richtung laufenden deutschen Wünsche. Auf englischer Seite hat man eine zweite Konferenz der sechs Mächte in dem gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen für nicht wünschenswert gehalten, da man fürchtet, daß der ungeklärte Stand der Verhandlungen über die Bildung der Vergleichs- und Feststellungskommission einen Erfolg einer zweiten Sechsmächte-Konferenz wenig wahrscheinlich machen würde. Man scheint jedoch für die Bildung der Feststellungs- und Vergleichskommission eine gewisse Formulierung vorgesehen zu haben, die sowohl den deutschen als auch den französischen Wünschen Rechnung tragen soll. Der deutsche Standpunkt ist in dieser Frage nach wie vor unverändert: Eine Kontrollinstanz irgendwelcher Art über 1935 hinaus kommt nach wie vor nicht in Frage. Ob eine Verbindung der Feststellungskommission mit Organen des Völkerbundes möglich und annehmbar ist, bedarf noch der Klärung.

Erste Bilanz.

Drahtbericht unseres Mg-Korrespondenten.

Die Ministerbesprechungen von Lugano haben zunächst dadurch ihren Charakter erhalten, daß Stresemann nach seiner Krankheit seinen persönlichen Einfluß dort einsetzen mußte, wo im September in seiner Abwesenheit die Dinge stehen geblieben waren. Er hat dabei erfahren müssen, daß Herr Briand auch heute nicht bereit ist, hinsichtlich der Räumungsfrage auch nur soweit entgegen zu kommen, daß man mit Sicherheit sagen könnte, nach Zusammentritt der Reparationssachverständigen werde man in die technischen Einzelheiten der an sich unbedingt zugestandenen Räumung eintreten. Daß selbst für jenen noch gänzlich unsicheren Zeitpunkt die Weiterbehandlung der Räumungsfrage auf dem diplomatischen Wege in Aussicht genommen ist, stimmt auch nicht gerade sehr hoffnungsvoll. Deutschland wird sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß sein Westgebiet weiter von fremden Bajonetten starren wird, daß wir trotz unserer in den letzten Jahren im Uebermaß erfolgten moralischen Abrüstung auf kein französisches Entgegenkommen zu rechnen haben. Wir haben Grund zu der Annahme, daß Stresemann gegen Briand über die moralischen Folgen dieser Haltung Frankreichs nicht im Unklaren gelassen hat. Wenn Chamberlain bereits zu einer bedeutend früheren Gelegenheit die jetzt von ihm wiederholte These vorgebracht hat, er halte es für gefährlich, wenn Deutschland sich auf seinen Rechtsstandpunkt hinsichtlich Artikel 431 versteife, da eine Anerkennung dieses Standpunktes durch die Westmächte unmöglich sei, so ist angesichts des mangelhaften praktischen Entgegenkommens Frankreichs zu fragen, daß die Westmächte selbst uns stärker als je zwingen, uns an diesen Rechtsstandpunkt zu klammern. Halten die deutschen amtlichen Stellen noch im Herbst verschiedene Verbindung der Räumung sei unbilligerweise, so liegen die Dinge heute bereits so, daß diese Verbindung allerdings nicht besteht, da die Räumungsfrage, soweit man es bis jetzt übersehen kann, auf einem ganz unsicheren Platz hinter die Reparationsfrage gerückt ist! Es wäre falsch, wollte man Stresemann, der hier ohne Rücksicht auf seine Gesundheit hart gekämpft hat, aus dieser Lage der Dinge einen Vorwurf zu machen, es sei denn, daß dieser Rückschlag das Ergebnis von Hoffnungen ist, deren frühere rücksichtslose Herstörung unserem Volke dienlicher gewesen wäre.

Ein Wort sei in diesem Zusammenhange zur Abrüstungsfrage gesagt: Nach einer Mitteilung, die mir aus besonders gut unterrichteter Quelle zugeleitet wurde, wird die zuständige Stelle des Sekretariats vorschlagen, zunächst seitens der vorbereitenden Abrüstungskommission den Entwurf für die Tagesordnung für die spätere Konferenz ausarbeiten zu lassen. Es ist klar, daß diesem Vorschlag eine erhebliche Bedeutung zukommt. Denn aus der Tagesordnung ergeben sich die eingesetzten Unterkommissionen, in denen die eigentliche praktische Arbeit zu leisten ist. Das Zusammentreten der Abrüstungskommission ist jedoch frühestens um Ostern herum zu erwarten.

Konflikt zwischen Staatsgerichtshof und Reichsregierung.

Um die Ernennung des Reichsbahnverwaltungsrats.

TU Leipzig, 15. Dezember.

Der Staatsgerichtshof trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Minister a. D. Simons zusammen, um über den badischen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung in der Frage der Ernennung der Reichsbahn-Verwaltungsratmitglieder zu entscheiden. Da die Reichsregierung seiner Entscheidung durch die gestern erfolgte Ernennung der neuen Verwaltungsratmitglieder zuvor gekommen ist, hat der Staatsgerichtshofsrat Verhandlungen über den badischen Antrag, dem sich auch Württemberg und Sachsen angeschlossen hatten, auf unbestimmte Zeit vertagt und beschlossen, sich an den Reichspräsidenten zu wenden mit der Bitte, dem Staatsgerichtshof diejenige Achtung zu gewährleisten, deren er zur Erfüllung seiner staatsrechtlichen Aufgaben bedürfe.

„Die Brüskierung Süddeutschlands."

Stuttgart, 15. Dezember.

Die gestern bekanntgegebene Ernennung neuer Mitglieder des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn durch die Reichsregierung stößt in der württembergischen Presse auf starken Widerspruch. Es wird darauf hingewiesen, daß auf den 15. Dezember beim Staatsgerichtshof in Leipzig der Termin zur Entscheidung über einen Antrag der badischen Regierung angesetzt ist, der Staatsgerichtshof möge durch einstweilige Verfügung die Ernennung der neuen Mitglieder zurückhalten, bis der Streitfall zwischen dem Reich und den Ländern mit früherer Eisenbahnhoheit, darunter Württemberg und Baden, wegen ihrer Vertretung im Verwaltungsrat vom Staatsgerichtshof vollends entschieden ist.

Der „Schwäbische Merkur" (Deutsche Volkspartei) nennt den vorherigen Vollzug der Ernennung von Verwaltungsratsmitgliedern ein geringschätziges Hinwegsehen über die Länderansprüche, das seinen verletzenden Charakter behält, auch wenn die Entscheidung des Staatsgerichtshofes nicht zugunsten der Länder ausfallen sollte. Das „Deutsche Volksblatt" (Zentrum) spricht von einer Ungehörigkeit und von einer scharfen Brüskierung der Länder. Mit besonderer Bitterkeit müsse festgestellt werden, daß unter einem dem Zentrum angehörenden Minister ein solcher Affront gegen die Länder geschehen sei. Die „Süddeutsche Zeitung" (Deutschnational) erblickt in der Maßnahme des Reiches nicht nur eine Brüskierung der Länder, sondern auch des Staatsgerichtshofes. Für die rabiaten Einheitsnaturen sei das Vorgehen des Reiches wieder einmal ein sinnfälliger Beweis, wie es mit den Interessen der Länder bestellt wäre, wenn diese erst einmal ganz aufgehoben und die Verwaltung völlig in Berlin zentralisiert würde.

Die sächsische Regierung hat ihre Gesandtschaft in Berlin beauftragt, gegen das Vorgehen der Reichsregierung beim Reichskanzler den schärfsten Protest einzulegen.

Englands Schuld.

Eine offene italienische Kritik.

Rom, 15. Dezember.

In einem längeren Artikel kritisiert „Tribuna" die englische Politik der letzten Monate. Das Blatt schreibt, es sei unbegreiflich, daß England in der letzten Zeit immer den Franzosen nachgebe, während Frankreich in Dingen, die Großbritannien betreffen, wie Beispiele zeigten, seinen eigenen, den französischen Standpunkt zur Geltung bringe. Wenn England vorschütze, daß die englische Regierung sich in der Rheinlandfrage dem französischen Standpunkt anschließen müsse, weil die Rheinlandfrage Frankreich mehr angehe als England, so wäre es viel aufrichtiger von seiten der englischen Regierung, klipp und klar zu erklären, daß in allen Fragen, die das europäische Festland betreffen, England sich immer mehr den französischen Standpunkt aneignen werde. Der „Temps" habe zugegeben, daß man heute sehr weit von Locarno und Thoiry entfernt sei. Das sei zwar wahr, aber nicht wahr sei, daß die Schuld hierfür, wie der „Temps" behauptet, auf Deutschland zu schieben sei. Schuld an der jetzigen Lage trage vielmehr England, das mit Locarno eine neue politische Aera angefangen habe, aber später unglücklicherweise nicht mehr Kraft gefunden habe, diese Politik durchzuführen. Man begreife, daß die Aufgabe Großbritanniens, Frankreich mit Deutschland auszusöhnen, auf viele Schwierigkeiten gestoßen sei. Aber diese Schwierigkeiten hätte England leicht überwinden können, wenn es sich mit Italien verständigt hätte, was England unterlassen habe.

Moskau — Lugano.

OE Moskau, 14. Dezember.

Die Tagung des Völkerbundsrats in Lugano findet in der Sowjetpresse die mißtrauische Beurteilung, die dem Völkerbund in den Moskauer Preseorganen von jeher zuteil wird. Die offiziöse „Iswestija" schreibt u. a.: „Die Sowjetpresse hat die ganze Zeit hindurch bewiesen, daß diejenigen, die sich bemühen, das Steuer der deutschen Außenpolitik nach Westen zu wenden, tatsächlich nur dazu beitragen, Deutschland aus einem vollberechtigten Subjekt der internationalen Beziehungen in ein Objekt der englisch-französischen Pläne zu verwandeln — wofür die Sowjetpresse sich manche sehr scharfe Kritik auch